

## **Protokolleintrag vom 07.01.2009**

**2009/7**

### **Postulat von Patrick Blöchlinger (SD) und Ueli Brassler (SD) vom 7.1.2009: Illegaler Aufenthalt in der Schweiz, Auflösung von Zusammenrottungen**

Von Patrick Blöchlinger (SD) und Ueli Brassler (SD) ist am 7.1.2009 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie öffentliche Zusammenrottungen illegal im Lande weilender Ausländer jeweils sofort aufgelöst sowie die Teilnehmer eingehend kontrolliert und - wenn sie tatsächlich illegal in der Schweiz sind - umgehend ausser Landes geschafft werden können.

Begründung:

Es kommt offensichtlich insbesondere in der Anonymität der Grossstadt Zürich immer öfter vor, dass Ausländer jahrelang illegal hier bleiben, sich verstecken und allfällige behördliche Wegweisungsverfügungen einfach ignorieren. Dieser Zustand wird von behördlicher Seite ganz offen toleriert, dies teils mit der Begründung, ein Durchgreifen wäre "unverhältnismässig", teils auch, weil eine Ausschaffung der illegalen Aufenthalter angeblich "nicht möglich" ist. Beides ist völlig abwegig. Der illegale Aufenthalt in der Schweiz ist zwar rein strafrechtlich betrachtet kein sehr schweres Delikt, schadet aber, wenn die Zahl der Täter zunimmt, unserem Staat insgesamt ganz erheblich. Die Illegalen belasten uns als soziale Trittbrettfahrer finanziell. Sie verschlimmern die Übervölkerung und Überfremdung unseres kleinen Landes noch beträchtlich. Sie treten mittlerweile ganz unverblümt mit frechen, arroganten Forderungen nach einem "Bleiberecht" an die Öffentlichkeit, verlangen - und das auch noch mit Erfolg! - "Verhandlungen" mit den hiesigen Behörden und untergraben damit die Souveränität und Autorität des Staatswesens. Dabei haben sie von Gesetzes wegen keinesfalls ein "Bleiberecht", sondern im Gegenteil eine Pflicht, umgehend von hier zu verschwinden. Nachdem die Schweizergrenze mit ihren ca. 2'000 Kilometern offenbar lang genug ist, damit sich immer mehr Illegale ins Land einschleichen können, müsste dort eigentlich auch genug Platz sein, um sie auf demselben Weg wieder loszuwerden, wenn sie sich einer geregelten Ausreise widersetzen bzw. eine solche aus irgendwelchen Gründen nicht möglich ist. Nur wenn endlich umfassend durchgegriffen wird, hört die schleichende Kolonisation der Schweiz durch unerwünschte Eindringlinge auf.

Mitteilung an den Stadtrat